



öffentlich

Betreff:

Klarheit bei den Kita-Gebühren

Einreicher: Fraktionen SPD und CDU/ANW

Erstellungsdatum 17.10.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei den Kita-Gebühren für Klarheit zu sorgen und den gegen die Landeshauptstadt Potsdam erhobenen Vorwürfen zu begegnen bzw. sie auszuräumen. Dazu sind alle Kalkulationen offenzulegen und transparent und nachvollziehbar darzustellen. Insbesondere sind dabei die Finanzierungsquellen sowie die Kostenstellen der Träger zu veröffentlichen, um ein schlüssiges Gesamtbild des Systems der Kitafinanzierung zu erhalten. Der Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig vor den Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt zuzuleiten, um dort Berücksichtigung finden zu können.

gez. P. Heuer
Fraktionsvorsitzende

M. Finken

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Vorwürfe seitens des KiTa-Elternbeirates sowie der AWO erwecken den Eindruck, das System der Kita-Finanzierung in Potsdam sei fehlerhaft. Bei anderen Gebäuhrentatbeständen der kommunalen Daseinsvorsorge wie z.B. Wasser/Abwasser oder Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind regelmäßig detaillierte Kalkulationen Bestandteil der Beschlussvorlagen. Bei der Kitafinanzierung fehlte in der Vergangenheit eine entsprechende Grundlage.